



„Wir brauchen eine Stärkung des Politischen!“

Seit Januar ist Marc Grandmontagne Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins. Er will sich für eine Stärkung des politischen Diskurses einsetzen – auch, um gegen den rechten Populismus gewappnet zu sein

Interview_Detlev Baur, Detlef Brandenburg, Ulrike Kolter, Bettina Weber

Herr Grandmontagne wenn dieses Heft erscheint, werden Sie der neue Geschäftsführende Direktor des Deutschen Bühnenvereins sein. Was reizt Sie an dieser Aufgabe?

Marc Grandmontagne: Primär die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen, in denen die Arbeit der Theater und Orchester stattfindet. Deren Rolle halte ich in unserer Gesellschaft für essenziell, und an Herausforderungen besteht wahrlich kein Mangel. Persönlich stehe ich den darstellenden Künsten sehr nahe. Ich übernehme diese Aufgabe wirklich aus Überzeugung,

und ich freue mich darauf, sie mit allen anderen anzugehen, mit den Theatern und Orchestern, mit dem Team hier in der Hauptgeschäftsstelle, aber auch mit den Gremien und den Landesverbänden des Bühnenvereins.

Gibt es da eine bestimmte Sparte, einen Künstler, eine Gattung, die Sie besonders mögen?

Marc Grandmontagne: Ich wollte als Jugendlicher eigentlich Musik studieren, ich spiele Klavier und Orgel und komme vor allem aus der Kirchen- und Vokalmusik. Dabei bin ich mit alter und neuer Mu-

sik gleichermaßen in Kontakt gekommen und brauche mittlerweile beide Welten. Ich habe im Chor Nono gesungen, Stäbler, Arvo Pärt und einen anderen estnischen Komponisten: Urmas Sisask. Auch die Musik von Pierre Boulez und Erkki-Sven Tüür finde ich unglaublich anziehend. Schon seit meiner Kindheit liebe ich Johann Sebastian Bach, Johann Hermann Schein, Heinrich Schütz, Giovanni Gabrieli... Und die „Marienvesper“ von Claudio Monteverdi! Als ich die das erste Mal gesungen habe, war das für mich – ja, so etwas zwischen Nahtoderfahrung und Wiedergeburt. Was nicht heißen soll, dass es zwischen alt und neu nichts gibt, Gustav Mahler komme ich (oder er mir) immer näher, je älter ich werde. Daneben gibt es aber noch viel anderes: Ich bin immer wieder im Schauspiel oder in der Oper. Und ich begeistere mich – ohne tieferes Verständnis, aber leidenschaftlich – für den Tanz. Da ich lange in Essen gewohnt habe, konnte ich beispielsweise die *Ruhrtriennale* und *PACT Zollverein* als willkommene Gelegenheiten nutzen, mir da viel anzuschauen. Eine schöne Erinnerung etwa waren von Anne Teresa de Keersmaecker die beiden Stücke „En Attendant“ und „Cesena“, die einen Bogen vom Abend bis zum Morgen grauen schlagen, das war wirklich ein großartiges Erlebnis. Auch Choreographen wie Jérôme Bel, Jan Fabre oder Laurent Chétouane sind mir ein Begriff und natürlich als NRWler immer wieder Pina Bausch und ihr Einfluss. Mir fallen noch viele Namen ein, aber hier geht es ja auch nicht um meine ästhetischen Neigungen. Leider reicht die Zeit nie, um sich angemessen der Vielfalt der Theaterlandschaft hinzugeben.

Als Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft haben Sie viel Einblick in die politische Kultur in diesem Land bekommen. Die Theater haben in den letzten Jahren politische Themen sehr stark aufgegriffen, angesichts der Wahl von Donald Trump wird die Intendantengruppe im Bühnenverein im Januar politische Fragen ins Zentrum ihrer Sitzung stellen. Werden die Theater mit diesem politischen Engagement im gesellschaftlichen Diskurs der Republik wahrgenommen?

Marc Grandmontagne: Oh ja, doch. Die Frage des Politischseins führt unmittelbar in die Legitimationsdebatte des Theaters. Wenn man mit Steuergeldern eine öffentliche Kulturinfrastruktur unterhält, stellt sich natürlich die Frage der kulturellen Teilhabe und der Relevanz. Das darf allerdings nicht verkürzt dazu führen, den Nützlichkeitswert in politischen oder wirtschaftlichen Dimensionen zu suchen, es

„Ich wollte als jugendlicher eigentlich Musik studieren, ich spiele Klavier und Orgel und komme vor allem aus der Kirchen- und Vokalmusik. Dabei bin ich mit alter und neuer Musik gleichermaßen in Kontakt gekommen und brauche mittlerweile beide Welten.“

muss immer Raum für ästhetische Debatten bleiben. Kulturelle Alphabetisierung ist in diesem Zusammenhang ein Stichwort. Das Theater erfüllt eine wesentliche Funktion in der Demokratie, indem es mit den Mitteln der Kunst die Widersprüche der Zeit aufgreift und verarbeitet. Spiegelung von Realität, Entwurf von Utopien, aber auch satirische Verzerrung, darum geht es doch. Dazu notwendig ist vor allem künstlerische Freiheit, und ich befürchte, die werden wir zukünftig stärker verteidigen müssen. Die Wahl von Trump besorgt mich sehr in diesem Zusammenhang. In der europäischen Nachbarschaft sieht es ja auch nicht besser aus. Festzustellen ist aber, dass gerade die Theater hier schon viel machen und in manchen Städten die demokratische Auseinandersetzung am ehesten noch auf der Bühne ausgetragen wird.

Die Theater bekommen da auch Gegenwind zu spüren, bis hin zu Gewalttätigkeiten wie zuletzt der Bombenanschlag auf das Kulturzentrum „Lokomov“ in Chemnitz.

Marc Grandmontagne: Das ist ein schrecklicher Vorgang. Aber das kann nicht heißen, dass man sich aus der Debatte zurückzieht. Wir kommen, glaube ich, gerade in eine andere Zeit. DIE DEUTSCHE BÜHNE hatte ja im Juli den Schwerpunkt *Rechtsdruck*, und in der Tat: Die Komfortzone der Achtzigerjahre – ich fürchte, das ist vorbei. Wenn diese Entwicklung weitergeht, werden wir alle hier, als Bühnenverein, aber auch Sie, die Sie publizistisch tätig sind, zur Angriffsfläche werden. Darauf werden wir uns in der Haltung und in dem, was wir tun, einstellen müssen.

Jenseits des politischen Engagements werden die Theater auch in pädagogischer und sozialer Hinsicht in Anspruch genommen: für ästhetische Bildung, als Auffangraum für Flüchtlinge, für die schulische Ganztagsbetreuung, für sozialtherapeutische Zwecke... Besteht die Gefahr, dass – auch aus der Perspektive der fördernden Politik – die ästhetische Legitimation aus dem Blick gerät?

Marc Grandmontagne: Die Theater und Orchester können nicht für alle Probleme dieser Gesellschaft in Anspruch genommen werden und können keine bildungs- oder sozialpolitischen Defizite ausgleichen. Das sind nicht ihre Aufgaben, und dafür ist der Kulturbereich letztlich auch viel zu klein. Aber es kann in einem stimmigen Gesamtkonzept, das Kulturpolitik als Querschnittsthema begreift, einen wichtigen Beitrag leisten, ohne dass dabei das Kind gleich mit dem Bade ausgeschüttet wird. Die Frage

ist, was politisch erwünscht ist und wie viel Geld wofür verwendet wird. Das muss immer wieder neu ausgehandelt werden. Nur findet das leider viel zu häufig einseitig unter finanzpolitischen Gesichtspunkten statt. An dem Punkt muss der Bühnenverein stärker in die Debatte einsteigen. Wir müssen diese Diskussion in dem Raum führen, der ihr angemessen ist. Und das ist sehr schwierig, weil es eigentlich deutschlandweit an einem kulturpolitischen Diskurs in fach- und gesellschaftspolitischer Hinsicht mangelt. Aber wo ist dann noch der Raum, um über diese Dinge fachkundig zu reden? Es kann doch nicht nur um Auslastungszahlen gehen.

Heißt das, dass der Bühnenverein selbstbewusster auftreten muss?

Marc Grandmontagne: Als Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft habe ich den Bühnenverein immer als starken Partner der Theater in den Bereichen Recht und Tarifpolitik wahrgenommen. Und auch als Verbündeten vor Ort, wenn es mal wieder brennt. Was aber, glaube ich, stärker debattiert werden muss, sowohl in den Gremien wie auch nach außen, das sind diese kulturpolitischen Fragen. Ich glaube, wir müssen neue Allianzen eingehen. Wir brauchen stärkere Bündnisse mit anderen Partnern, wie dem *Deutschen Kulturrat*, der *Kulturpolitischen Gesellschaft* oder auch Akteuren wie der Initiative *Die Offene Gesellschaft*. Es gibt immer noch die Tendenz, Diskussionen nur für sich zu führen. Aber der Kulturbereich ist so winzig, dass wir uns das überhaupt nicht leisten können. Wir müssen auch außerhalb gehört werden, denn da fallen die Entscheidungen über das Geld. Und oft genug ist es so, dass man nicht aus der Defensive rauskommt. Dann geht es nur noch um Schließung, um die prekäre Lage der Künstler, um Einsparungen, um die „Gestrigkeit“ der Theater. Aber das ist doch kein Narrativ, das ist völlig neben der Sache. Trotzdem fürchte ich, dass es inzwischen Bereiche in der Gesellschaft, sogar in der Kulturpolitik, gibt, die das genau so einseitig negativ sehen. Unsere Aufgabe wäre, diesen Diskursraum zurückzugewinnen und nicht ständig nur reagieren zu müssen. Wenn in Hagen jetzt gerade wieder abgebaut werden soll und wir protestieren dagegen, heißt es: Ach, jetzt wollen die schon wieder mehr Geld! Das ist doch ein Totschlagargument. Nein, dann muss man sagen: Also gut, reden wir mal über die Rolle des Theaters in Hagen! Dann muss es aber auch einen Raum dafür geben, dann darf der Sparbeschluss nicht schon gefällt sein. Es fehlt an einer

„Wenn man mit Steuergeldern eine öffentliche Kulturinfrastruktur unterhält, stellt sich natürlich die Frage der kulturellen Teilhabe und der Relevanz. Das darf allerdings nicht verkürzt dazu führen, den Nützlichkeitswert in politischen oder wirtschaftlichen Dimensionen zu suchen.“

angemessenen Art, mit solchen Problemen kommunikativ und politisch umzugehen. Es fehlt an einer Stärkung des Politischen. Und wenn ein Theater kurz vor der Schließung steht, ist eines festzustellen: Da wurden die Hausaufgaben vom Rechtsträger über einen sehr langen Zeitraum nicht gemacht. Man kann nicht einen Schwelbrand über längere Zeit beobachten und wenn dann alles in Flammen steht, überrascht sein, dass es brennt.

Wobei der Bühnenverein dafür insofern ein Forum bietet, als er ja nicht nur die Interessen der Theater vertritt, sondern auch der Theaterträger, nämlich der Länder und Kommunen – und damit derjenigen, die unter Umständen am Theater sparen wollen. Hier hätte man also die Gegner in vielen dieser Spardebatten an einem Tisch.

Marc Grandmontagne: Genau dieses Potenzial müssen wir heben! Wir reden hier über öffentliches Geld. Und Länder und Kommunen haben selbstverständlich einen Kulturförderauftrag, das steckt in Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes drin, wie es das Bundesverfassungsgericht ja auch bestätigt hat. Insofern sollte man hier auch nicht von Gegnern reden. Ich glaube, was bisher nicht gelingt, ist, eine politische Debatte über die Notwendigkeit einer dem gesellschaftlichen Auftrag angemessenen Ausstattung zu führen.

Wird diese Debatte vielleicht auch auf einer zu abstrakten Ebene geführt? Den Konsens, dass Kunst und Kultur zu fördern sind, kann man wohl noch einigermaßen leicht herstellen. Aber an der Frage, was das denn für das Theater Hagen konkret und finanziell bedeutet, scheiden sich schnell die Geister.

Marc Grandmontagne: So eine Debatte muss viel früher beginnen. Wir haben in der Öffentlichkeit nicht mehr diesen selbstverständlichen kulturellen Konsens darüber, dass es in einer Stadt auch ein Theater geben müsse. Das bedeutet für uns, dass wir die Rolle des Theaters neu verhandeln müssen. Und das kann man nur konkret und nur vor Ort. Im Prinzip muss sich jede Stadt und jedes Theater auf diese Debatte gefasst machen. Das läuft ja auch schon, das geht sogar so weit, dass die Häuser selbst die Führung dieser Debatte übernehmen müssen, weil die Kulturpolitiker, deren Aufgabe das eigentlich wäre, einfach nicht mehr vorhanden sind. Und diejenigen, die sich engagieren, kämpfen gegen hohe Widerstände und verdienen all unsere Solidarität. Notwendig sind in diesem Zusammenhang auch andere Instrumente zur politischen Einigung: Eine Möglichkeit

wären zum Beispiel partizipatorische Modelle wie eine kommunale oder regionale Kulturentwicklungsplanung. Das ist nichts anderes als ein Instrument, diese Legitimationsdebatte konkret zu verorten und zu fragen: Welche Schwerpunkte wollt ihr? Wo soll's denn hingehen? – um damit vor dem Hintergrund von kommunaler Kulturförderung als freiwillige Leistung zu einem Konsens in der Stadtgesellschaft zu kommen.

Das klappt aber nicht überall. In Bonn zum Beispiel gab es solche Partizipation per Internetportal, auf dem die Bürger auch begründen und debattieren konnten. Da wurde relativ klar gegen Kulturkürzungen votiert, was das Theater aber dann doch nicht vor der nächsten Sparrunde geschützt hat.

Marc Grandmontagne: Das entkräftet meine Ausführungen nicht, sondern betrifft die Frage der Verbindlichkeit von Beteiligungsprozessen. Daran zeigt sich aber deutlich, wie schwierig es geworden ist, mancherorts kulturpolitische Belange durchzusetzen. Die Kulturpolitik von Bonn, um bei Ihrem Beispiel zu bleiben, begreife ich nicht, zumal die Stadt ihr Engagement sogar bei den Stadtteilbibliotheken deutlich zurückfährt – wohlgermerkt in Zeiten steigender Migration und wachsender Integrationsaufgaben der Kommunen. Das ist konzeptlos und finanziell wirkungslos. Kulturpolitikern fällt es heutzutage selbst in der eigenen Fraktion extrem schwer, ihre Themen zur Geltung zu bringen. Und dann kommen diese typischen Debatten wieder, von denen man wirklich glaubte, das sei längst vorbei: Kitaplatz gegen Theatersessel, oder, auch ganz schlimm: Sport gegen Kultur. Da ist manchmal schon eine besorgniserregende Niveaulosigkeit zu beobachten.

Wäre private Förderung eine Lösung?

Marc Grandmontagne: Ja und nein. Die öffentlichen Kulturausgaben dürften derzeit bei über 10 Milliarden Euro insgesamt liegen – genaue Zahlen liefert der Kulturfinanzbericht ja erst mit deutlicher Verzögerung. Die private Kulturförderung liegt nach Schätzungen irgendwo zwischen 600 und 800 Millionen Euro im Jahr. Und im Moment ist die Lage bei der privaten Kulturförderung eher mäßig, weil vor allem die kleinen und mittleren Stiftungen unter der Niedrigzinslage leiden. Daran sieht man schon: Private Förderung kann keine Kompensation sein. Die Rollen der genannten Akteure ändern sich allerdings. Die lange verlässlich etablierte Aufgaben-

teilung der Trias Staat/Wirtschaft/Zivilgesellschaft ist im Moment im Umbruch, weil der Staat die Menge an Aufgaben, vor denen er steht, kaum noch leisten kann. Das muss man berücksichtigen und sich auch klarmachen, wie hart eine Verteilungsdebatte in den Parlamenten ist, ganz egal, von welcher Ebene wir sprechen, ob Kommune, Länder oder Bund. Die Begründungsnotwendigkeiten steigen, auch für die Kultur, diese Herausforderung müssen wir annehmen. Die Rolle der Wirtschaft ändert sich auch – da gibt es durchaus einen Trend zu mehr Gemeinverantwortlichkeit. Das heißt: Wir müssen über neue Modelle nachdenken. Und da spielt das zivilgesellschaftliche Engagement eine entscheidende Rolle, vor allem in den ländlichen Räumen. Ein Beispiel: das Theater Nordhausen. Das ist das einzige in der gesamten Region. Und da ist es doch logisch, diesem Theater so etwas wie eine Ankerfunktion bei der kulturellen Bildung für die Region zu geben und Kooperationen ins Auge zu fassen: mit Kindergärten, Schulen, Vereinen, aber auch Unternehmern, soweit das vor Ort möglich ist. Und genau das war das Ergebnis einer Kulturentwicklungskonzeption, die in der Region durchgeführt wurde und an der ich mitgearbeitet habe. Und viele andere Häuser gehen ja ähnliche Wege.

Wenn Sie von zivilem Engagement reden: Heißt das, dass Ensemble und Repertoire als Grundpfeiler des Theaters an Bedeutung verlieren?

Marc Grandmontagne: Nein, das heißt es nicht. Denn am Beispiel Nordhausen sehen Sie, dass gerade ein solches Ergebnis dem Theater am Ende nützen kann und nicht schadet. Aber es bedeutet, dass Dinge nicht als Ewigkeiten vorausgesetzt werden. Wenn man etwas als unverhandelbar voraussetzt, was eigentlich Ergebnis eines stetigen politischen Verhandlungsprozesses sein muss, dann halte ich das für einen Fehler. Wenn das Theater sagt: Ihr dürft alles anfassen, aber nicht uns, dann nimmt es sich selber aus der politischen Debatte und schadet sich, weil es in der Politik nicht mehr ernst genommen wird. Demokratie lebt von Abstimmung, von Konsens und von Aushandlung. Und leider müssen wir dieses Risiko eingehen, dass im schlimmsten Fall auch mal ein Theater nicht mehr in diesen etablierten Produktionsformen arbeiten kann. Aber das Risiko besteht natürlich sowieso schon längst und nicht erst dadurch, dass man in die Debatte geht, ganz im Gegenteil. Angesichts der demographischen Entwicklung in manchen Regionen ist es ein Pro-

„Wir müssen diese Diskussion in dem Raum führen, der ihr angemessen ist. Und das ist sehr schwierig, weil es eigentlich deutschlandweit an einem kulturpolitischen Diskurs in fach- und gesellschaftspolitischer Hinsicht mangelt. Aber wo ist dann noch der Raum, um über diese Dinge fachkundig zu reden?“

blem, alle Ensembles dort zu erhalten. Aber anstatt dass man rechtzeitig über Lösungen nachdenkt, wie die Grundversorgung so gewährleistet werden kann, dass die Institutionen auch lebensfähig sind, lässt man den Karren politisch vor die Wand fahren. Und dann ist der Gestaltungsspielraum weg. Und das ist der Punkt: Da muss der Bühnenverein rein, und zwar früh. Er muss darüber diskutieren, was in zehn Jahren passiert. Eine große Herausforderung, denn zunächst ist dafür der kulturpolitische Handlungsspielraum in vielen Fällen erst mal wieder zurückzuerobern.

Das heißt: Über die Rolle des einzelnen Theaters muss in größeren kulturpolitischen Kontexten nachgedacht werden?

Marc Grandmontagne: Wir können jedenfalls nicht mit einem reflexhaften Nein etwas Gutes tun. Das mag uns kurzfristig schützen, aber es wird langfristig kein Problem lösen. Wir müssen in den Ring der Diskussion steigen, auch auf das Risiko hin, dass wir uns da mal eine Blessur holen. Denn solange wir im Ring sind, haben wir die Chance, die Diskussion zu versachlichen. Wenn wir das nicht tun, werden die Blessuren noch viel größer sein. Allerdings gehört dazu auch ein Gesamtkonzept: für die Schulen, die Kindergärten und den Sport. Erst in so einer Debatte über ein Gesamtkonzept könnten auch die Theater als wesentliche Gestalter der kulturellen Wirklichkeit am jeweiligen Ort angemessen berücksichtigt werden. Und bevor man auf die Idee kommt, ein Haus zuzumachen, bin ich mir sicher: Es wird fast immer Möglichkeiten geben, es mit weniger einschneidenden Maßnahmen im Kern zu erhalten.

Praktische Erfahrungen mit vielen Theaterdebatten bestätigen Ihre Erfahrungen: Meistens resultierten die Kürzungsvorschläge weder aus einer solchen Strukturdiskussion, ja noch nicht einmal aus einer betriebswirtschaftlichen Analyse der Häuser. Sie resultierten oft einfach aus politischen Verteilungskämpfen vor dem Hintergrund von Haushaltsknappheit.

Marc Grandmontagne: Schon die betriebswirtschaftliche Perspektive auf ein Theater oder Orchester ist häufig nur der Versuch der Tarnung, dass man es volkswirtschaftlich schon längst im Stich gelassen hat. Man kann nicht volkswirtschaftliche Planlosigkeit durch die betriebswirtschaftliche Überoptimierung einzelner Häuser auffangen. Das führt nur dazu, dass der am wenigsten geschützte Bereich, nämlich der künstlerische, am stärksten von Einspa-

„Freiwilligkeit zum Beispiel in der Kultur bedeutet, dass der Umgang mit der Kultur immer wieder neuer zivilgesellschaftlicher Aushandlung und Legitimation bedarf. Dieser Aufgabe kommen aber viele Rechtsträger nicht mehr nach.“

rungen betroffen wird. Da ist es kein Wunder, dass sich genau in diesem Bereich Initiativen wie *art but fair* oder das *Ensemble-Netzwerk* zu Wort melden. Da merkt man: Das Gemeinwesen wird an der wichtigsten Stelle der Demokratie, nämlich auf kommunaler Ebene, brüchig. „Freiwillige Leistungen“ im Sinne des Kommunalrechts sind nicht irgendwie entbehrlich oder überflüssig oder weniger wert als Pflichtleistungen. Freiwilligkeit zum Beispiel in der Kultur bedeutet, dass der Umgang mit der Kultur immer wieder neuer zivilgesellschaftlicher Aushandlung und Legitimation bedarf. Dieser Aufgabe kommen aber viele Rechtsträger nicht mehr nach. Und da muss man, finde ich, auch sagen: Es kann doch nicht die Rolle eines Theaters oder Orchesters sein, diese politische Funktion zu übernehmen. Ein Theater ist dazu da, Theater zu machen, es geht nicht darum, das Haus auf der Bühne zum Gemeinderatsersatz zu machen. Diese Debatten müssen politisch geführt werden. Das wieder hinzukriegen, das schafft man nicht als Bühnenverein allein. Und das wird auch nicht einfach, diese Debatte wird an manchen Stellen auch drastisch ausfallen. Aber in der Mehrzahl und mit allen Akteuren kann das doch ein heilsames Gewitter werden. ■

UNSER INTERVIEWPARTNER

Marc Grandmontagne ist seit dem 1. Januar 2017 neuer Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins.

- geboren 1976
 - Studium der Rechts- und Politikwissenschaften an den Universitäten von Saarbrücken, Tübingen und Siena (Italien)
 - 2006 parlamentarischer Mitarbeiter im Europäischen Parlament
 - 2007 bis 2010 Leiter des Büros der Geschäftsführung der Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 GmbH
 - 2010 bis 2013 Programmleiter Bildung (u. a.) bei der Stiftung Mercator
 - 2013 bis 2016 Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. in Bonn
 - Regelmäßige Veröffentlichungen in den Publikationen der Kulturpolitischen Gesellschaft zu nationalen und internationalen Themen aus Kulturpolitik und Kulturorganisation
 - Mitglied im Beirat Vielfalt Kultureller Ausdrucksformen der Deutschen UNESCO-Kommission
-